SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES

Laisser-faire mit gravierenden Folgen: Asylchaos in Sicht! Von Nationalrat Hans Fehr

Seite 13

Ausübung des Glaubens braucht keine Minarette. Eine Frauensicht auf Islam und Minarette. Von Nationalrätin Andrea Geissbühler

Seite 10

Die Mängel in der Armee sind erkannt. Die Armee braucht genügend finanzielle Mittel. Interview mit Bundesrat Ueli Maurer

Seite 6

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 60 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe November 2009

Landwirtschaft als wichtiger Pfeiler der Souveränität
Nationalrat Toni Brunner **S. 3**

Prioritäten setzen zur Mängelbehebung
Nationalrat Caspar Baader **S. 5**

Fazit zum SVP-Sonderparteitag «Landwirtschaft» in Wauwil LU **S. 8**

Arbeitsplätze vernichten, Innovationen verhindern – NEIN danke!
Nationalrat Hansruedi Wandfluh

Ja zur Verwendung der selber generierten Einnahmen im Luftverkehr
Nationalrat Christoph von Rotz **S. 11**

Für die steuerliche Gleichbehandlung der Familien
Kantonsrätin Manuela Schwaninger **S. 12**

Die SVP im Unterwallis: seit 10 Jahren fest im Sattel
Bruno Perroud **S. 14**

10 Jahre SVP Obwalden **S. 15**

Reklame

Wir machen aus Kunden Winner.

Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93
www.ztonline.ch

Am 29. November alle an die Urne!

Die Delegierten der SVP Schweiz haben bereits Anfang Oktober die Parolen zu den Vorlagen der bevorstehenden eidgenössischen Abstimmung vom 29. November 2009 gefasst. Nun folgt der wichtigste Schritt: an die Urne zu gehen! Streichen Sie sich den 29. November dick in Ihrer Agenda an und mobilisieren Sie Ihre Familie, Verwandte und Bekannte ebenfalls abzustimmen.

Die Faust im Sack zu machen genügt nicht. Nein, in unserem einmaligen direktdemokratischen Schweizer System sind wir alle immer wieder an die Urne gerufen. Die nächsten eidgenössischen Abstimmungen finden am 29. November statt. Von besonderer Bedeutung ist die Volksinitiative des Egerkinger Komitees zum **Verbot des Baus von Minaretten,** für welche die SVP eine klare JA-Parole gefasst hat. Wenn Sie das Bauverbot unterstützen, gilt es **JA** zu dieser Initiative zu sagen. Die SVP kämpft insbesondere gegen die schleichende Aushöhlung unseres Rechtsstaates und die immer stärkere Entstehung von Parallelgesellschaften in unserem Land. Unsere Regeln haben für alle zu gelten. Auch alle SVP-Kantonalparteien empfehlen Ihnen ein JA in die Urne zu legen.

Bei der von den unverbesserlichen Armeeabschaffern lancierten und nun zur Abstimmung anstehenden Volksinitiative für das **Exportverbot von Kriegsmaterial** empfiehlt die SVP ein klares **NEIN.** Diese Initiative vernichtet Arbeitsplätze in der Schweiz und gefährdet unsere Unabhängigkeit. Wiederum unbestritten von Seiten der SVP ist die **Spezialfinanzierung der Luftfahrt.** Stimmen Sie hier **JA** für eine zweckgebundene und damit zielgerichtete Verwendung der Treibstoff- bzw. Kerosinabgaben zugunsten der wichtigen Luftverkehrsinfrastrukturen in der Schweiz.

Die Parolenempfehlungen der SVP

JA zum Minarettverbot

JA zur Spezialfinanzierung Luftverkehr

NEIN zum Exportverbot von Kriegsmaterial

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Shop

Farbe:

- ❍ schwarz
- ❍ dunkelbraun

Gurtlänge (Umfang + 10 cm):

- ❍ 90 cm
- ❍ 100 cm
- ❍ 110 cm
- ❍ 120 cm
- ❍ 130 cm
- ❍ 140 cm

Name .....

Vorname .....

Adresse .....

PLZ/Ort .....

Telefon .....

Mail .....

Ort .....

Datum .....

Unterschrift .....

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Impressum

SVP-Klartext

Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin:
Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise:
12 × / Jahr

Inserate:
Kevin Grangier

Adresse:
Generalsekretariat SVP
Postfach 8252
3001 Bern
Telefon 031 300 58 58
Fax 031 300 58 59
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:
Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:
Stiftung SVP-Parteizeitung
UBS Bern-Länggasse
PC 30-35-9

Druck:
Zofinger Tagblatt AG
ZT Print
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Telefon 062 745 93 93
Fax 062 745 93 49
www.ztonline.ch

Adressänderungen:
per E-Mail an klartext@svp.ch

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 60 000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

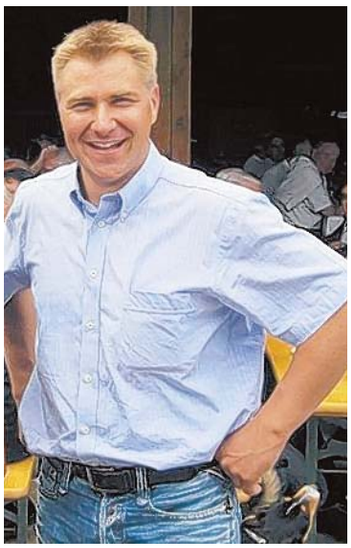
Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Ebnat-Kappel SG

Landwirtschaft als wichtiger Pfeiler der Souveränität

Der SVP-Sonderparteitag in Wauwil mit über 600 Delegierten und Gästen hat eindrücklich gezeigt, dass die SVP-Basis bereit ist, für die Existenz einer einheimischen, produzierenden Landwirtschaft zu kämpfen. Ein hoher Selbstversorgungsgrad an qualitativ hochstehenden Agrarprodukten ist ein wichtiger Pfeiler der Schweizer Souveränität. Die laufenden WTO-Verhandlungen und insbesondere ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU gefährden deshalb nicht nur die Existenz zahlreicher Bauernfamilien in der Schweiz, sondern stehen im Widerspruch zu den Landesinteressen. Dies haben nun offenbar auch andere Parteien gemerkt. Im Parlament wird sich letztlich zeigen, ob Bundesrätin Leuthard in ihrem grenzenlosen Liberalisierungseifer gebremst werden kann, und ob den Ankündigungen der anderen Parteien auch Taten folgen.

Die SVP hat in den vergangenen Monaten in der Agrarpolitik verschiedene Pflöcke eingeschlagen. Der Bauernaufstand in Sempach von Ende August hat gezeigt, dass



die Bauern diesen Weg unterstützen. Neben rasch greifenden Massnahmen zur Mengensteuerung im Milchmarkt, welche nur über eine Allgemeinverbindlichkeit abgesichert werden können, ist insbesondere die Strategie der Schweiz in Bezug auf den Freihandel zu korrigieren. Die Erfahrungen im Käsebereich, aber auch die Entwicklungen im EU-Raum zeigen, dass eine weitere Liberalisierung in Richtung grenzenloser Freihandel drastische, negative Auswirkungen auf unsere Landwirtschaft hätte. Der verfassungsmässige Auftrag an die Landwirtschaft wäre nicht mehr zu erfüllen, der heutige Selbstversorgungsgrad der Schweiz nicht aufrechtzuerhalten. Damit geht es in dieser Diskussion längst nicht mehr «nur» um den Erhalt einer einheimischen, produzierenden Landwirtschaft, sondern um die Interessen des Landes. Dass sich die Volkswirtschaftsministerin dieser Diskussion mit dem Argument verschliesst, eine weitere Liberalisierung sei unabwendbar, ist unverständlich und bedenklich. Dank den von der SVP eingereichten und angekündigten Vorstössen wird sich auch das Parlament mit den Kernfragen der künftigen Landwirtschaftspolitik befassen. In der Wintersession der eidgenössischen Räte findet zudem dank unserer Partei eine entsprechende Sondersession statt.

Die anlässlich des Sonderparteitags der SVP in Wauwil einstimmig verabschiedete Resolution (siehe Seite 9) beschränkt sich im Übrigen nicht nur auf die Bereiche Milch und Freihandel, sondern greift weitere wichtige Anliegen der Landwirtschaft auf.

Mit der Umsetzung dieser Resolution kann sichergestellt werden, dass die Schweizer Landwirtschaft den vom Volk in der Verfassung verankerten Auftrag der nachhaltigen und sicheren Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln, der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage und der Pflege der Kulturlandschaft sowie der dezentralen Besiedelung des Landes erfüllen kann.

Werbung

Dataform AG Formulardruckerei
Wir drucken für Sie:
ESR-Formulare
Formulare mit Karten
Zürcherstrasse 36 8604 Volketswil
Tel. 044 947 50 20 info@dataform.ch

Bruchsch Liecht?
DE NOSI HÄT'S!
20 Jahre
NOSERLIGHT
CH-8909 Zwillikon Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noserlight.ch, www.noserlight.ch

RUTZ & PARTNER
STRATEGIE UND KOMMUNIKATION

Vertrauen schaffen. Ziele erreichen.

Wir wissen, wie man komplizierte Sachverhalte einfach formuliert. Wir wissen, wie man überzeugend auftritt. Und wir bürgen für genaue, professionelle Arbeit. Nennen Sie uns Ihr Ziel. Gemeinsam werden wir es erreichen.

Unsere Kompetenzen: Kommunikations- und Strategieberatung, Public Relations, Kampagnen, Wahl- und Abstimmungskämpfe, Medientraining, Lobbying etc.

HINTERDORFSTRASSE 9 · POSTFACH · CH-8702 ZOLLIKON / ZÜRICH
TEL. +41 44 391 32 32 · FAX +41 44 391 32 30
WWW.RUTZ-PARTNER.CH · INFO@RUTZ-PARTNER.CH

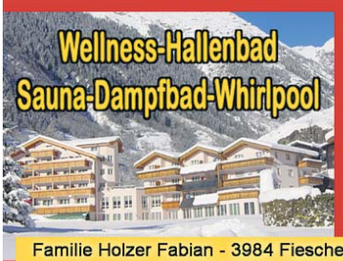
MONATS-HIT
Canon Powershot A1100
Nur 279.- CHF (inkl. Zubehör)

fotovideoplus.ch

TROUVAILLES
Kunstgalerie
Permanente Gemälde-Ausstellung
des 19.–20. Jahrhunderts
Mittwoch: 14.00–18.00 Uhr
Samstag: 10.00–16.00 Uhr
oder nach Vereinbarung
Paul + Charlotte Vogt
Fischmarkt 6
CH-4410 Liestal
Tel./Fax +41 61 721 78 81
Natel +41 79 674 05 84
vogttrouvailles@bluewin.ch

NEU: airflow
Das Bett, das atmet.

Das airflow Prinzip leitet die Feuchtigkeit schnell durch die vertikalen Luftkanäle ab.
ZOLLINGER + CO AG
Hardhofstrasse 15, 8424 Embrach
Telefon: 044 869 10 75
www.rafzerfeld.com

SVP-HIT
***Hotel-Restaurant Alpenblick Fieschertal
- Übernachtung im Doppelzimmer
- mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Wellness-Hallenbad
Sauna-Dampfbad-Whirlpool
FR. 50.- pro Person/Nacht
Egal wieviel Nächte!
Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - alpenblick@rhone.ch

Dudo Erny
Die Grünschwätzer
Evolution, Überbevölkerung und Umweltschutz.
www.gruenschwaetzer.ch

Dieses Buch geht auf die Gründe der Überbevölkerung ein – und die Tabus – warum so wenig über dieses Thema geschrieben wird.
ISBN 978-3-8334-7151-3

Wir wollen Ihren Erfolg.

Seit mehr als 30 Jahren sind wir erfolgreich für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP Schweiz, verschiedene SVP-Kantonal- und Stadtparteien, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen
- Wahl- und Abstimmungswerbung • Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung • Lobbying und PR
- Produkte- und Dienstleistungswerbung • Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Mit einer klaren Zielsetzung, einer gutdurchdachten Strategie und einer emotionalen und verblüffenden Umsetzung die Botschaft zielgerecht zu verbreiten und – wo nötig – Medienaufmerksamkeit zu schaffen.

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

GOAL AG für Werbung, PR und Events
Alexander Segert
Geschäftsführer
Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

Nationalrat Caspar Baader, Fraktionspräsident, Gelterkinden BL

Prioritäten setzen zur Mängelbehebung

Seit Jahren kritisiert unsere Partei den ständigen Abbau bei der Armee, sei es in finanzieller, personeller oder materieller Hinsicht. Die Armee ist und bleibt auch in der heutigen Zeit das wichtigste sicherheitspolitische Instrument, um die Sicherheit, Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes zu gewährleisten.

Die Armee XXI wurde basierend auf einem Jahresbudget von 4,3 Mrd. Franken ausgelegt. Aufgrund von Sparprogrammen stehen ihr heute jedoch nur noch 3,7 Mrd. Franken zur Verfügung, wovon 2,8 Mrd. für den Betrieb und 0,9 Mrd. für Beschaffungen und Unterhalt eingesetzt werden. Wegen der Mindereinnahmen des Bundes drohen der Armee ab 2011 weitere Kürzungen im Zusammenhang mit dem neuen Finanzplan. Dies darf die SVP nicht zulassen.

Allein seit 1998 mussten im VBS Einsparungen von über 3,8 Mrd. Franken getätigt werden. Davon fallen 3,4 Mrd. Franken auf den Bereich Verteidigung! Trotz dieser Einsparungen mussten diverse Zusatzaufgaben innerhalb der verbleibenden Kredite übernommen werden: Friedensförderung, WEF, Botschaftsüberwachung, strategischer Nachrichtendienst u. v. m.

Aufgrund dieser Einsparungen auf Kosten der Verteidigung konnte die Armee in den letzten zehn Jahren geplante Investitionen im Umfang von 7 Mrd. Franken nicht tätigen. Konsequenz davon ist, dass beispielsweise die Infanteriebrigade 5 ihre letzte Truppenübung PROTECTOR nur mit zwei statt drei Infanteriebataillonen durchführen musste, weil nicht genügend Radschützenpanzer für das dritte Bataillon vorhanden waren. Anscheinend fehlen der Schweizer Armee die nötigen Fahrzeuge und das erforderliche Material, um neben den laufenden Rekrutenschulen und Kursen eine ganze Brigade ausrüsten zu können, damit mit dieser eine grosse Truppenübung durchgeführt werden kann. Was würde das bedeuten, wenn gleichzeitig sogar zwei Brigaden in den Einsatz müssten?

Neben diesen materiellen Mängeln kämpft die Armee auch mit personellen Problemen. Wegen des Fehlentscheides des Parlamentes, für den Zivildienst die Gewissensprüfung abzuschaffen, nehmen die Abgänge von Wehrpflichtigen massiv zu. Dieses Jahr sind schon über 4000 Angehörige aus der Armee in den Zivildienst übergetreten. Oft wird die Drohung des Übertrittes in den Zivildienst von Rekruten oder Soldaten während der laufenden RS oder des WK als Druckmittel gegenüber Vorgesetzten eingesetzt. Statt der Forderung der Linken nach einer Verkleinerung der Armee nachzugeben, ist dieser Entwicklung mit der Wiedereinführung einer differenzierten Tauglichkeit für Angehörige der Armee, wie sie in der Armee 61 bestanden hat, dringend entgegenzutreten. Auch die Probleme mit dem fehlenden Kadernachwuchs und den zunehmenden Dienstverschiebungen sind anzugehen. Das Militär muss seine Schulen und Kurse mit den Bologna-Studiengängen der Fachhochschulen und Hochschulen koordinieren. Studierende, die für eine militärische Weiterbildung bereit sind, müssen diese parallel zu den Studien absolvieren können, ohne ein ganzes Studienjahr zu verlieren.

Meines Erachtens sind die Prioritäten bei der Behebung der dringendsten Lücken in der Ausrüstung, Ausbildung und Logistik der Armee zu setzen. Es ist inakzeptabel, dass mit den heutigen Mängeln die Verteidigungsbereitschaft unserer Armee und damit die Sicherheit unseres Landes länger aufs Spiel gesetzt werden.

Das VBS hat parallel zur Erarbeitung des sicherheitspolitischen Berichts die dringendsten Prioritäten zur Schliessung der Lücken aufzulisten und – soweit die zur Behebung notwendigen Mittel nicht durch interne Umlagerungen bereitgestellt werden können – Bundesrat und Parlament einen Antrag für einen speziellen Finanzierungsbeschluss zu stellen. In diesem Rahmen ist auch aufzuzeigen, ob parallel zur Behebung dieser Mängel im Heer auch neue Kampfflugzeuge beschafft werden können, oder ob dieser Kauf zeitlich zu staffeln ist. So sehr ich hinter der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge stehe, so muss dennoch festgehalten werden, dass auch noch in andern Armeen F-5-Tiger-Flugzeuge im Einsatz stehen, z.T. sogar im Kriegseinsatz, und zwar solche mit einer wesentlich höheren Flugstundenzahl als unsere. Klar ist, dass sich die Schweiz in Zukunft bei der Luftwaffe keine 2-Flotten-Strategie mehr leisten kann, da die Kosten für die Ausbildung auf unterschiedlichen Simulatoren und für den Unterhalt zweier verschiedener Systeme inkl. Ersatzteile unverhältnismässig hoch sind.

Der Bundesrat ist mit seinem Beschluss vom 22. Oktober 2009, den Entscheid über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge bis zum Vorliegen des sicherheitspolitischen Berichtes zu verschieben, doppelt in der Pflicht: erstens trägt er die Verantwortung dafür, dass die bestehenden Lücken und Mängel bei der Ausrüstung, Ausbildung und Logistik des Heeres behoben und die nötigen finanziellen Mittel dafür bereitgestellt werden, und zweitens hat er aufzuzeigen, wann und wie er die Luftwaffe modernisieren will, um den Schutz des Luftraumes auch in Zukunft zu gewährleisten.

Bundesrat Ueli Maurer, Wernetshausen ZH

Armee braucht genügend finanzielle Mittel!

Bundesrat Ueli Maurer ist seit 10 Monaten im Amt. Im Interview mit «SVP-Klartext» spricht Ueli Maurer über die Herausforderungen der Armee. Er legt die Mängel in der Armee klar auf den Tisch. Sein Ziel ist es, die Einsatzfähigkeit der Armee wieder herzustellen und zu steigern und deshalb zuerst die dringendsten Mängel zu beheben, bevor der neue Kampfflieger beschafft werden soll. Darum setzt er sich auch dafür ein, dass nicht mehr länger auf dem Buckel der Armee gespart wird.

Klartext: Sehr geehrter Herr Bundesrat, Sie sind inzwischen zehn Monate im Amt. Wie gestaltet sich die Arbeit als einziger SVP-Vertreter in der Landesregierung?
Ueli Maurer: Die Zusammenarbeit gestaltet sich besser, als ich dies vorher befürchtet hatte. Die Diskussionen sind konstruktiv, der Umgang kollegial. Hingegen stelle ich fest, dass der Bundesrat, so wie er jetzt organisiert ist, nicht jene Effizienz und jene Reaktionsfähigkeit hat, welche eine Regierung in der heutigen Zeit haben sollte.

Ganz so einfach scheinen Sie es aber im Bundesrat nicht zu haben, wie die Entscheidungen des Bundesrates zur Armee zeigen.
Selbstverständlich hätte ich gerne eine oder gar mehrere SVP-Kolleginnen oder SVP-Kollegen im Bundesrat. Dies würde die Arbeit erleichtern. Aber Niederlagen gehören zum politischen Tagesgeschäft – genauso wie Erfolge. Der Bundesrat hat immerhin anerkannt, dass die Armee in einer schwierigen finanziellen Lage ist.

In den Medien wurde zum Teil geschrieben, dass Sie keine neuen Kampfflugzeuge wollen. Widerspricht dies nicht Ihrem Bestreben, die beste Armee der Welt zu haben?
Ich will neue Kampfflugzeuge – nicht für mich, nicht für die Armee, sondern für die Sicherheit unseres Landes. Die Armee befindet sich aber in einer Lage, in der wir das Geld für dringendere Probleme brauchen. Es verhält sich hier wie bei einer Familie: Ihr Dach ist leck, Sie wollen ein neues Auto und Ihre Kinder haben keine Wintermäntel. Wofür geben Sie das Geld zuerst aus, wenn es nicht für alle drei Bedürfnisse reicht? Früher oder später werden wir die Kampfflugzeuge kaufen müssen.

Gewisse Kreise behaupten, die 33 F/A-18 würden ausreichen, um die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten.
Mit lediglich den 33 F/A-18 sinkt die Durchhaltefähigkeit der Schweizer Luftwaffe rasant. Wir wären nur noch während zweier Wochen in der Lage, rund um die Uhr zwei Flugzeuge in der Luft zu haben. Danach käme es wegen der Wartungszyklen zu Engpässen bzw. einem Grounding der Luftwaffe.

Warum lassen Sie die F-5 Tiger denn nicht einfach länger im Einsatz?
Die 54 Tiger, welche wir noch haben, sind so alt wie jene Angehörigen der Armee, welche heute aus dem Dienst entlassen werden. Arbeiten Sie heute noch mit einem Computer aus den 1970er-Jahren oder können Sie sich vorstellen, dass Niki Lauda heute mit seinem Ferrari von damals noch einen Formel-1-GP gewinnen könnte? Der Tiger ist alt und beginnt entsprechende Schwächen zu zeigen. Er ist im Einsatz nur noch tagsüber bei schönem Wetter als Unterstützung zum F/A-18 einsetzbar.

Aber haben wir denn überhaupt noch mit einem Fall zu rechnen, bei dem die Luftwaffe eine solche Bereitschaft sicherstellen müsste?
Wer hat die Finanzkrise vorhergesehen? Wer hat die Anschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington vorhergesehen? Wir müssen uns bereithalten, auf rasche Veränderungen im Sicherheitsbereich ohne Verzug reagieren zu können. Kampfflugzeuge können Sie nicht einfach in der

Migros nebenan kaufen – der Beschaffungsprozess dauert mehrere Jahre.

Zurück zum Geld. Der Bund muss sparen. Besteht da nicht die Gefahr, dass das VBS die frei werdenden 2,2 Milliarden Franken verlieren würde?
Diese 2,2 Milliarden Franken sind kein zusätzlicher Batzen, den das VBS für den Kauf der Kampfjets erhalten würde. Es verhält sich hier wie bei Ihnen zu Hause. Wenn Sie ein Auto kaufen wollen, dann müssen Sie dies normalerweise mit Ihrem monatlichen Einkommen finanzieren. Das heisst: vor und allenfalls nach dem Kauf sparen und auf anderes verzichten. Diese 2,2 Milliarden Franken stammen aus dem ordentlichen Budget der Armee.

Was werden Sie mit den eingesparten 2,2 Milliarden Franken kaufen?
Die Behebung der Probleme bei der Logistik und der Führungsunterstützung ist nicht kostenlos. Zudem brauchen wir dringend mehr Mittel beim geschützten Transport von Angehörigen der Armee und Kommunikationsmittel.

Wieso gerade diese Mittel?
Weil wir vor allem dort Lücken haben. So konnten wir beispielsweise für die Volltruppenübung PROTECTOR vor einigen Wochen nicht einmal eine ganze Brigade aufbieten. Da wir nicht genügend Radschützenpanzer hatten, musste ein Bataillon zu Hause bleiben. Oder ein anderes Beispiel: Wenn wir mit der Armee im Januar unseren Beitrag zur Sicherheit des WEF in Davos leisten, sind nahezu all unsere Kommunikationsmittel dort im Einsatz.

Eine solch desolate Situation entsteht doch nicht über Nacht. Wie konnte es so weit kommen?
Als die Armee XXI geplant wurde, sah man dafür Anfang dieses Jahrzehnts jährlich noch 4,3 Milliarden Franken vor. Kaufkraftbereinigt wären das heute rund 4,6 Milliarden Franken. In Tat und Wahrheit haben wir heute aber nur noch rund 3,8 Milliarden Franken zur Verfügung.

Darum haben Sie – wenn auch bisher erfolglos – 500 Millionen Franken mehr für die Armee gefordert.
Ja. Die Armee hat in den vergangenen zehn Jahren auf rund 3,5 Milliarden Franken zu Gunsten der Staatskasse verzichten müssen. Das hat eine Bugwelle von dringend nötigen Investitionen aufgetürmt, denn es wurden Beschaffungen verschoben und Sanierungen zurückgestuft. Die Armee pfeift materiell aus dem letzten Loch und braucht mehr Geld!

Die Mängelliste zeigt vor allem auch Probleme bei der Führungsunterstützung auf. Hat die Armee hier noch den Durchblick?
Ich glaube nicht. 500 verschiedene Softwares, rund 2000 Applikationen – zum Teil nicht kompatibel: Ich

schlafe grundsätzlich nicht schlecht, aber die Probleme bei der Führungsunterstützung haben mir schon die eine oder andere schlaflose Nacht beschert. Ich habe nun eine Taskforce mit externen Fachleuten eingesetzt. Diese soll uns einen Überblick verschaffen und Lösungen aufzeigen. Organisatorisch haben wir derzeit dort die grössten Probleme.

Wenn man Sie so hört, dann könnte man meinen, dass unsere Armee komplett am Boden ist.
Materiell sind wir nicht weit davon entfernt. Wenn ich an Küchen denke, die wir schliessen mussten, weil sie den hygienischen Bedingungen nicht mehr entsprechen, oder daran denke, dass es schon Fälle gab, in denen Einheiten für ihre WKs nicht genügend Munition und Betriebsstoff erhielten. Lichtblicke sind für mich nach wie vor hoch motivierte Kader und einsatzfreudige Wehrmänner. Sie leisten in Übungen und Einsätzen Bewundernswertes. Unsere Armee funktioniert, aber sie sollte für die Sicherheit von uns allen noch besser funktionieren müssen – insbesondere in Krisenzeiten. Dafür braucht die Armee mehr Geld.

Wäre es – angesichts der finanziellen Lage des Staates – nicht einfacher, die Armee zu verkleinern? Dann würde sie auch weniger kosten.
An was muss man ein Sicherheitselement anpassen: an die vorhandenen Mittel oder an die drohenden Gefahren? Ich halte es für keine gute Idee, die Armee weiter zu verkleinern, da dadurch die Sicherheit unseres Landes in Gefahr geraten würde. Vergessen wir eines nicht: Sicherheit ist eines der wichtigsten Fundamente unseres Wohlstandes! Wenn wir diesen Wohlstand weiter halten oder ausbauen wollen, dann müssen wir auch für Sicherheit sorgen und dürfen nicht weiter knausern. Sicherheit ist nicht gratis.

Ihr Departement arbeitet derzeit am Sicherheitspolitischen Bericht – nun mit anderen Departementen zusammen. Trauen Ihnen die Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat den Bericht nicht alleine zu?
Der Sicherheitspolitische Bericht war ursprünglich als interdepartementales Projekt gestartet worden. Der Bundesrat entschied dann jedoch vor einigen Monaten, dass das VBS den Bericht alleine verfassen solle. Wir haben dann den Kontakt zu den Kantonen gesucht und zusammen mit ihnen einen Bericht verfasst.

Der kam aber im Bundesrat offenbar nicht gut an.
Der Bundesrat hat den Bericht grundsätzlich begrüsst, möchte aber zu verschiedenen Bereichen noch weitere Elemente. Zudem ist er auf seinen Entscheid zurückgekommen und lässt nun den Bericht wieder unter der Leitung des VBS interdepartemental bearbeiten, was ich sehr begrüsse.

Wann ist denn mit dem Bericht zu rechnen?
Ich gehe davon aus, dass der Bundesrat den Bericht im Spätsommer des nächsten Jahres an das Parlament überweisen kann.

Sind Korrekturen in der Sicherheitspolitik zu erwarten?
Radikale Änderungen wird es kaum geben, da sich die Sicherheitslage seit dem letzten Bericht nicht fundamental verändert hat. Die Entwicklungen der letzten zehn Jahre werden aber in einzelnen Bereichen Kurskorrekturen nach sich ziehen.

Welche?
Diese Diskussion will ich nicht vorwegnehmen. Mein Ziel ist es, dass das Parlament nicht nur einen Bericht zum Abnicken erhält, sondern im Rahmen eines Bundesbeschlusses über die künftige Armeeausrichtung debattieren kann. Daraus sollen dann Vorgaben hervorgehen, an die wir uns halten können. In Sachen Sicherheitspolitik hat das Parlament nämlich in der näheren Vergangenheit viele Unklarheiten geschaffen.

Nein zur gefährlichen, teuren und sinnlosen GSoA-Exportverbots-Initiative!

Mit der Initiative

- wollen die Armeeabschaffer der GSoA die Einsatzbereitschaft der Schweizer Armee gefährden;
- werden mehr als 10'000 Arbeitsplätze und 550 KMUs vernichtet;
- wird auch der zivilen Wirtschaft wichtiges Know-how entzogen;
- werden dem Steuerzahler rund 500'000'000 CHF abgeknöpft;
- wird die Schweizer Rüstungsindustrie in andere Länder transferiert.

Am 29. November 2009:
NEIN zur GSoA-Initiative!

Mit einer Spende auf PC 30-8828-5 unterstützen Sie diese Kampagne. Danke. SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Fazit zum SVP-Sonderparteitag «Landwirtschaft» in Wauwil LU

In Scharen reisten Bauern, SVP-Mitglieder, Sympathisanten und Gäste aus der ganzen Schweiz an diesem nebligen Herbstmorgen des 31. Oktober 2009 ins luzernische Wauwil, um am Sonderparteitag der SVP unter dem Titel «Stärkung der Schweizer Landwirtschaft» teilzunehmen. Über 600 Angereiste drängten sich in die schliesslich restlos belegte Halle des Zentrums Linde, welche von der SVP-Amtspartei Willisau hervorragend vorbereitet und dekoriert worden war. Bereits im Eingangsbereich wurde man dem Thema gerecht empfangen mit einem üppigen Gabenstand der Tombola sowie mehreren Ständen, welche lokale Landwirtschaftsprodukte anboten – sozusagen als Erinnerung daran, wofür zu kämpfen man hergekommen war. Es herrschte während der gesamten Veranstaltung eine ruhige und konzentrierte Atmosphäre. Nach einer kurzen Mittagspause mit ausgezeichneter Verpflegung und bestem Service wurde am Nachmittag die Resolution der SVP zur Stärkung der Schweizer Landwirtschaft ohne Gegenstimme angenommen.

Resolution der SVP zur Stärkung der Schweizer Landwirtschaft

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Zur Erhaltung und Stärkung der Schweizer Landwirtschaft fordert die SVP Schweiz anlässlich ihres Sonderparteitages vom 31. Oktober 2009 von Parlament und Bundesrat:

- den Abbruch der Verhandlungen über ein EU-Agrarfreihandelsabkommen. Die Schweizer Landwirtschaft hat kürzere Spiesse als die Konkurrenz in der EU (siehe Liberalisierung Käsemarkt) und hätte durch den Freihandel mit Einkommenseinbussen von bis zu 50% zu rechnen, was einem Todesstoss für unsere Schweizer Bauernfamilien gleich käme;
- die Schweizer Verhandlungsdelegation zu verpflichten, den Antrag zu stellen, dass die Landwirtschaft sowie die Nahrungsmittel bei den Verhandlungen im Rahmen der WTO auszuklammern sind und den Zielen der Doha-Runde entgegenzutreten ist. Zusätzlich soll jedem Staat die Versorgungssicherheit und die Ernährungssouveränität gewährt werden. Ein Abschluss der Doha-Runde hätte für die Landwirtschaft vernichtende Folgen;
- einen dringlichen Bundesbeschluss für eine privatrechtliche, allgemeinverbindliche Milchmengensteuerung, an die sich sämtliche Produzenten zu halten haben. Damit soll ein Milchpreis ermöglicht werden, der es den Bauernfamilien erlaubt, sich eigenverantwortlich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen;
- eine Revision des Raumplanungsgesetzes für den ländlichen Raum. Die vorhandene und erschlossene Bausubstanz muss vollumfänglich und flexibler genutzt, erweitert, umgebaut oder abgerissen und wiederaufgebaut werden können. Der knappe Boden, welcher der Landwirtschaft noch zur Verfügung steht, darf nicht für die Renaturierung von Fliessgewässern oder die Ausdehnung der Waldflächen geopfert werden;
- auf die Bildung einer Bilanzreserve für Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft zu verzichten. Bundesrat und Parlament sollen ihren Willen zur Erhaltung der einheimischen Landwirtschaft durch Massnahmen zur Förderung dezentraler Strukturen und multifunktionaler Betriebe zeigen, nicht aber durch „Sterbeprämien";
- keine neuen Richtlinien und Vorschriften im Tier-, Gewässer- und Umweltschutz, die zu höheren Produktionskosten gegenüber dem Ausland führen. Bürokratische und administrative Erschwernisse sind, wo immer möglich, abzubauen. In Erfüllung der Investitionssicherheit sollen nach neuesten Erkenntnissen realisierte Bauten und Einrichtungen während mindestens 30 Jahren ab Inbetriebnahme, auf Grund neuer Gesetze, Verordnungen oder Richtlinien, nicht verändert werden müssen;
- den Viehexport weiterhin zur Stärkung der Grünlandbetriebe vor allem im Hügel- und Berggebiet zu fördern. Wird kein Jungvieh mehr aufgezogen führt dies zu einer Vergandung der Alpen, was auch für den Tourismusstandort Schweiz negative Folgen hätte.

Mit der Umsetzung dieser Resolution kann sichergestellt werden, dass die Schweizer Landwirtschaft den vom Volk in der Verfassung verankerten Auftrag der nachhaltigen und sicheren Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln, der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage und der Pflege der Kulturlandschaft sowie der dezentralen Besiedelung des Landes erfüllen kann.

Impressionen

Nationalrätin Andrea Geissbühler, Herrenschwanden BE

Islam und Minarette aus Sicht einer Frau

Minarette sind für die Ausübung des islamischen Glaubens unwichtig. Sie bilden vielmehr ein zentrales Symbol für die militant-politische Seite des Islams, die Andersgläubige verachtet und gerade Frauen in verschiedenen Lebensbereichen massiv unterdrückt. Im islamischen Recht, für dessen gezielte Ausbreitung die Minarette stehen, wird die Frau gegenüber dem Mann sowohl im Erb- als auch im Scheidungsrecht klar benachteiligt, ganz zu schweigen von der Verhüllungspflicht. Am 29. November ist Gelegenheit, ein klares Zeichen gegen dieses Unrecht zu setzen.

Ich hatte als Frau das Glück, in einer liberalen Familie mit offener Kommunikation und viel Freiheit aufzuwachsen. Es wäre schön, wenn es jeder Frau so ergehen würde. Aber viele Muslime sehen die Frau nach wie vor als minderwertiges Geschöpf. So heisst es im **Koran, in Sure 4, Vers 34:** «Die Männer sind den Weibern überlegen wegen dessen, was Allah den einen vor den anderen gegeben hat. [...] **Diejenigen [Weiber] aber, für deren Widerspenstigkeit ihr fürchtet – warnet sie, verbannet sie in die Schlafgemächer und schlagt sie.»** Dieser Vers wird auch Frauen-Prügel-Vers genannt. Nun ist es natürlich einfach, einzelne offensichtlich frauenfeindliche Suren aus dem Koran zu picken. Auch in der Bibel gibt es frauenfeindliche Passagen. Aber die Realität in den muslimischen Ländern und in vielen muslimischen Familien auch bei uns zeigt, dass die Verse leider nicht einfach Verse sind und bleiben.

Gewalt gegen Frauen

Schätzungen zufolge wird in der Schweiz rund jede zehnte Frau im Laufe ihres Erwachsenenlebens Opfer von häuslicher Gewalt. Die Ursachen für häusliche Gewalt sind vielfältig. Statistisch gesehen sind Ausländerpaare oder binationale Paare eher von Beziehungsgewalt betroffen als Schweizer Paare. **Vorwiegend kommen die Opfer aus muslimischen Staaten.** Das ist eine Realität, und die muslimischen Stimmen, die sich klar gegen die Gewalt an Frauen erheben, sind wenige.

Die Schweizer Gastfreundschaft und Grosszügigkeit muss auch weiterhin unser Markenzeichen bleiben. Aber beim Zusammenleben auf immer enger werdendem Raum und in einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft braucht es verbindliche Regeln und Gesetze. Dazu gehören die Menschen- und Frauenrechte.

Ausübung des Glaubens auch ohne Minarett

1980 lebten 56 600 Muslime in der Schweiz. Bald werden es eine halbe Million sein. Der rapide Zuwachs aufgrund einer bekanntermassen hohen Geburtenrate stellt die Schweiz vor grosse Herausforderungen, weil Muslime hier nicht bloss ihre Religion ausüben.

Viele stellen zunehmend auch politisch-rechtliche Ansprüche. In der Schweiz stehen bereits weit über 100 Gebetshäuser und Moscheen. **Das Minarett hat – genauso wie die Ganzkörperverhüllung mit der Burka, die Zwangsehe, die Zwangsbeschneidung von Mädchen oder der Ehrenmord – nichts mit der Religionsausübung zu tun.** Eine Moschee braucht nicht unbedingt ein Minarett. Eine Kirche braucht auch nicht unbedingt einen Kirchturm. Daher ist auch der Einwand, die Minarett-Initiative sei ein Eingriff oder eine Beschneidung der Religions- und Glaubensfreiheit, schlicht und einfach falsch. Wir haben nichts gegen Muslime, sie können frei ihrem Glauben nachgehen, müssen unsere westliche Rechtsordnung aber bedingungslos akzeptieren.

Gefährliche Islamisierung

Warum insistieren eigentlich so viele Muslime so sehr auf dem Minarett, obwohl es nicht eine Notwendigkeit ist? Sie können diese Frage selber beantworten! Der Muezzin (Ausrufer) ruft vom Minarett herunter den Alleinvertretungsanspruch des Islams in die Welt. Der Ruf verkündet fünfmal täglich: «Allah ist der Grösste. Ich bezeuge, dass es keinen Gott ausser Allah gibt. Ich bezeuge, dass Mohammed der Bote Allahs ist. Kommt zum Gebet. Kommt zur Glückseligkeit. Allah ist der Grösste. Es gibt keinen wahren Gott ausser Allah.» Daneben sind die Glockentöne unserer Kirchen von bestechender Neutralität, zumal sie grösstenteils die Zeit widergeben. **Die Botschaft des Muezzins jedoch ist nicht gerade ein Beitrag zum religiösen Frieden.** Von Toleranz ist da nichts zu hören. Ein «Ja» zum Minarett-Verbot tut not, damit in nächster Zukunft der Bau von über 100 Minaretten und der Trend zur weiteren Islamisierung in der Schweiz gestoppt werden kann.

Keine einseitige Toleranz!

Und ich sage Ihnen auch: Wenn Christen in islamischen Ländern Kirchen bauen dürfen, wenn Juden in islamischen Ländern frei ihrem Glauben nachgehen dürfen, wenn Frauen nicht mehr diskriminiert werden, wenn sie frei wählen und leben dürfen, **wenn** – wie der deutsche Publizist Henryk Broder einmal geschrieben hat – **in Mekka eine Kathedrale steht, dann, ja dann können wir wieder über Minarette in der Schweiz sprechen.** Bis dann brauchen wir ein Moratorium. Auch zum Wohle der Frauen.

Engangieren Sie sich im Abstimmungskampf für die Minarett-Initiative!

Bestellen Sie Informationsmaterial, Flyer und Plakate bei:

Initiativkomitee
«Gegen den Bau von Minaretten»
Postfach 23
8416 Flaach (ZH)

Telefon: 052 301 31 00
E-Mail: info@minarette.ch

oder direkt online:
www.minarette.ch

Abstimmungsvorlagen vom 29. November 2009

Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»

Hansruedi Wandfluh, Unternehmer und Nationalrat, Frutigen BE

Arbeitsplätze vernichten, Innovationen verhindern – NEIN danke!

Diese Volksinitiative, eingereicht von der Gesellschaft für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), reiht sich ein bei den Vorstössen zur Schwächung unserer Armee und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen. Das Volksbegehren verlangt ein Verbot der Aus- und Durchfuhr von Rüstungsgütern und deren Technologien. Dabei wird unterschlagen, dass die Auflagen für den Export von Kriegsmaterial schon heute streng sind. Eine ähnliche Volksinitiative wurde am 7. Juni 1997 mit 77,5 % der Stimmenden abgelehnt. Das Volk hat damals einmal mehr klar ausgedrückt, dass es zur Armee und zur Rüstungsindustrie steht.

Ende der Rüstungsindustrie

Die Annahme der Initiative würde das Ende der Schweizer Rüstungsindustrie besiegeln. Diese ausschliesslich für den kleinen Schweizer Markt aufrechtzuerhalten, können wir uns schlichtweg nicht leisten. Die Schweizer Armee wäre künftig wehrtechnisch total vom Ausland abhängig. Doch es ist nicht nur das militärische Know-how, das wegfallen würde. Die hochwertigen Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie bilden die Basis als Zulieferant für viele Klein- und Mittelbetriebe. Die Zerstörung eines ganzen Wirtschaftssektors würde gut 10 000 Arbeitsplätze in rund 550 Schweizer KMUs kosten. Zudem ist das militärische Know-how die Grundlage für viele zivile Anwendungen. Geländefahrzeuge, Internet oder GPS beispielsweise wurden für militärische Zwecke entwickelt und sind heute aus der zivilen Nutzung kaum mehr wegzudenken.

«Sterbehilfe» unzweckmässig

Die Initianten sind sich der schädlichen Wirkung ihres Anliegens bewusst und wollen die von Arbeitsplatzverlusten betroffenen Angestellten und Regionen mit Steuergeldern von einer halben Milliarde abspeisen. Um die dadurch verursachten Marktverzerrungen, verbunden mit der Gefährdung von gesunden Betrieben, kümmern sie sich dabei nicht. Dass sich Arbeitnehmervertreter und Gewerkschaften im heutigen, schwierigen Wirtschaftsumfeld hinter solche Anliegen stellen, ist unbegreiflich. Fühlt sich wohl die Mitarbeiterbasis, um deren Arbeitsplätze es hier geht, durch ihre Funktionäre noch vertreten?

Die Volksinitiative ist sinnlos, gefährlich und teuer. Bundesrat, Nationalrat und Ständerat lehnen die Initiative deutlich ab. Ich bitte Sie, ein kräftiges NEIN in die Urne zu legen.

Nationalrat Christoph von Rotz, OW

Ja zur Verwendung der selber generierten Einnahmen im Luftverkehr

Es ist im Grundsatz absolut logisch, dass Einnahmen aus der Treibstoffbesteuerung und deren Zuschläge für Aufgaben im Bereich des jeweiligen Verkehrsmittels zur Verfügung stehen und nicht zweckentfremdet werden. Wie bei der Strasse wird auch der Treibstoff der Luftfahrt für die Inland- und Privatflüge besteuert. Diese Erträge fliessen heute je zur Hälfte in die Bundeskasse und in die Spezialfinanzierung Strassenverkehr. Die Luftfahrt bekommt keine Mittel.

Mit der Abstimmungsvorlage zur Schaffung einer «Spezialfinanzierung Luftfahrt» wird die Mittelverwendung der Treibstoffsteuer zu Gunsten der Luftfahrt analog dem Strassenverkehr in der Bundesverfassung geregelt.

Die Luftfahrt ist für den Wirtschaftsstandort Schweiz von grosser Bedeutung. Aus diesem Grund ist es richtig, dass diese Einnahmen auch zweckgebunden für Aufgaben im Bereich Luftverkehr verwendet werden. Die Gewährleistung der Sicherheit in der Luftfahrt gegen Terroranschläge und kriminelle Machenschaften ist in den letzten Jahren massiv aufwendiger und teurer geworden und wird mit Garantie nicht abnehmen. Mit einem Ja am 29. November sorgen Sie dafür, dass genügend Mittel zur Verfügung stehen.

Die Parolenempfehlungen der SVP

JA zum Minarettverbot

JA zur Spezialfinanzierung Luftverkehr

NEIN zum Exportverbot von Kriegsmaterial

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

>> www.svp.ch besuchen

Kantonsrätin Manuela Schwaninger, Guntmadingen SH

Für die steuerliche Gleichbehandlung der Familien

Heute besteht in vielen Kantonen der Schweiz eine grosse Ungerechtigkeit. Eltern, die ihre Kinder gewerbsmässig fremd betreuen lassen, können in ihrer Steuererklärung mehrere Tausend Franken von ihrem Einkommen abziehen. Eltern, die ihre Kinder wie früher selbst erziehen oder sich im Verwandten- oder Bekanntenkreis (z. B. Grosseltern) organisieren, gehen leer aus! Und dies, obwohl sie in der Regel auf ein zweites Erwerbseinkommen verzichten. So bezahlen die Eltern, die ihre Kinder selbst erziehen, gezwungenermassen mit ihren Steuern die Krippenplätze der anderen mit, obwohl sie diese selbst nicht beanspruchen wollen.

Elterliche Erziehungsarbeit verdient Wertschätzung durch Gesellschaft und Staat!

Die Familienpolitik hat sich in den letzten Jahren in eine unglückliche Richtung entwickelt. Erziehung wird mehr und mehr verstaatlicht und die klassische Familie wird in weiten Kreisen zum «Auslaufmodell» herabgewürdigt. Als «trendy» gilt, wer seine Kinder weggibt und sich beruflich selbst verwirklicht. Der Staat und seine rasant wachsende Betreuungsindustrie freuen sich über möglichst viele Doppelverdienerpaare, die man einerseits steuerlich melken und denen man andererseits üppige Unterstützungs- und Betreuungsleistungen anbieten kann – oder besser: anbieten muss. Mann und Frau sind so nicht mehr Eltern, sondern nur noch Erzeuger von Kindern, welche sie allenfalls noch über Nacht und am Wochenende beherbergen. Persönliche, unentgeltliche Erziehungsarbeit erfährt überhaupt keine Wertschätzung mehr. Dabei zeigen die alltäglichen Jugend- und Schulprobleme, dass die Erziehung im Elternhaus gerade in der heutigen Zeit nötiger denn je wäre. Werte wie Familiensinn, Zusammenhalt, aber auch Selbstverantwortung werden am besten von selbst erziehenden Eltern weitervermittelt und vor allem vorgelebt.

Schluss mit einseitigen Anreizen zur Fremdbetreuung!

Heute werden junge Eltern regelrecht dazu ermuntert, ihre Kinder möglichst früh in fremde Obhut zu geben. Es ist an der Zeit, diesem Trend zur Entmündigung entgegenzutreten. Der einseitige – nun auch auf Bundesebene eingeführte – Fremdbetreuungsabzug ist ein weiterer staatlicher Anreiz zugunsten einer einzelnen, spezifischen Form der Familie. Ich stelle im Übrigen hier nicht den Sinn und Zweck von Krippen in Frage. Diese übernehmen eine wichtige Funktion für jene Eltern, die sich bewusst entscheiden, die Kinder gewerbsmässig fremd betreuen zu lassen. Nur darf sich der Staat durch Steuerpolitik nicht in die Entscheidung der Eltern einmischen und ein Betreuungsmodell steuerlich bevorzugt behandeln, wie dies mit dem Fremdbetreuungsabzug der Fall ist. Will man Familien mit Kindern fördern, was ganz in meinem Sinne ist und auch der Politik der SVP entspricht, so sind alle Familien mit Kindern steuerlich zu entlasten. Wenn man jedoch nur den Familien, die ihre Kinder gewerbsmässig fremd betreuen lassen, einen Abzug wegen der Betreuungskosten gewährt, so benachteiligt man unweigerlich das Konzept der Selbstbetreuung. Die eigenen Kinder selbst zu betreuen und auf ein zweites Einkommen und den Steuerabzug zu verzichten, wäre dann für viele Eltern schlicht eine ökonomische Dummheit.

Was nichts kostet, wird nicht gefördert!

Die Befürworter eines einseitigen, ausschliesslich für die Fremdbetreuungskosten gewährten Steuerabzuges sehen im Konzept der Selbstbetreuung oft nur ein rückwärtsgewandtes Auslaufmodell, welches die Frauen «zurück an den Herd» verbannen will. Diese Argumentation trifft aber schlicht nicht zu. Gerade in meiner jüngeren Generation entscheiden sich immer mehr Familien, ihre Kinder gemeinsam zu erziehen. So reduzieren beide Ehepartner ihr Arbeitspensum und betreuen ihren Nachwuchs gemeinsam. Auch ihnen wird eine Entlastung wie der Fremdbetreuungsabzug verweigert. Um in den Genuss eines solchen zu kommen, wären sie gezwungen, ihr Kind gewerbsmässig fremd betreuen zu lassen. Auch Modelle anderer innerfamiliärer Betreuung (z. B. durch Grosseltern) erhalten keine Entlastung, weil sie oftmals keine Kosten verursachen. Um dieser diskriminierenden Situation entgegenzuwirken, schlägt die SVP Schweiz nun vor, dass alle Familien mit Kindern steuerlich zu entlasten sind, unabhängig von ihrer Betreuungsform.

Beispiel Schaffhausen

Gerade die kantonale Volksinitiative der Jungen SVP Schaffhausen unter dem Titel «Schluss mit der Diskriminierung der klassischen Familie», welche die Streichung des Fremdbetreuungsabzuges zugunsten des allgemeinen Kinderabzuges gefordert hatte, hat gezeigt, dass dieses Thema die Bevölkerung bewegt. Viele junge Eltern fordern eine faire Gleichbehandlung der verschiedenen Erziehungsformen. Dabei geht es ihnen nicht nur um den steuerlichen Aspekt. Vielmehr geht es auch um die allgemeine Wertschätzung der persönlichen Erziehungsarbeit zu Hause durch die Gesellschaft und den Staat. So haben am 27. September 2009 immerhin 47 % für die Initiative gestimmt – und dies, obwohl sich ausser der Jungen SVP, der SVP, der EDU und den Jungfreisinnigen keine Partei dafür eingesetzt hatte. Mit ihrer nationalen Volksinitiative greift die SVP dieses zentrale gesellschaftliche Anliegen erneut auf. Hoffen wir, dass es gelingt, ein Zeichen zu setzen für Familien, für Kinder, für Selbstverantwortung und gegen die Verstaatlichung des wichtigsten Bausteins unserer Gesellschaft.

Die SVP Schweiz wird anlässlich ihrer ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom Samstag, 5. Dezember 2009 in Pfäffikon SZ über die Lancierung der **Familieninitiative** entscheiden. Sie alle sind auch als Gäste eingeladen, an dieser Delegiertenversammlung teilzunehmen.
Melden Sie sich an, damit wir Ihnen eine Gästekarte zustellen können, per E-Mail an **merian@svp.ch**, per Telefon 031 300 58 58 oder per Fax 031 300 58 59.

Nationalrat Hans Fehr, Eglisau ZH

Asylchaos in Sicht!

Nach den Balkankriegen mit sehr hohen Asylgesuchszahlen hatten sich die Gesuche zwischen 2000 und 2003 auf etwas über 20 000 eingependelt. Dank konsequenter Führung und dank der Verschärfung des Asylgesetzes haben sich die Gesuche in der Amtszeit von Bundesrat Christoph Blocher (2004 bis 2007) auf rund 10 000 pro Jahr halbiert. Seit der Amtsübernahme durch Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf geht der «Trend» wieder Richtung Verdoppelung. Weil die Departementsvorsteherin nicht führt, sondern den Asylbereich lediglich verwaltet, die Asylstrukturen ausbaut, die Verantwortung abschiebt, gute Leute auf andere Posten abschiebt oder entlässt und versucht, die ungelösten Probleme mit Geld zuzudecken, zeichnet sich ein Asylchaos ab.

Samstag, Mitte September 2009, Hotel-Restaurant Sonne (Haus der Freiheit), Ebnat-Kappel. Rund 50 Jugendliche zwischen 16 und 26 sowie einige Hotelgäste sind voll auf Draht beim Zukunftsseminar «Herausforderung Migration». Man spürt: Die unkontrollierte Zuwanderung mit ihren gravierenden Folgen ist für die junge Generation das zentrale Problem. Es geht den jungen Leuten unter die Haut, denn sie erleben die negativen Folgen hautnah – in der Schule, am Arbeitsplatz, im Ausgang, in der Freizeit. Man ist sich einig: Es ist fünf vor zwölf oder für etliche Teilnehmer bereits fünf nach zwölf.

Laisser-faire mit gravierenden Folgen

Seit der Amtsübernahme durch Frau Widmer-Schlumpf sind die Gesuchszahlen massiv angestiegen, nämlich von 10 844 im Jahre 2007 (Zuständigkeit Blocher) um **+ 53 %** auf 16 606 Gesuche im Jahr 2008 (Zuständigkeit Widmer-Schlumpf). Und sie steigen weiter massiv an – auf voraussichtlich 18 000 bis Ende 2009, ohne dass eine spezielle Kriegs- oder Konfliktsituation dafür verantwortlich gemacht werden kann.

Vor allem der gewaltige Anstieg aus **Eritrea** (von 1661 Gesuchen 2007 auf 2849 im Jahr 2008) sowie die hohen Gesuchszahlen aus anderen schwarzafrikanischen Ländern fallen auf. Bezüglich Eritrea haben wir Bundesrätin Widmer-Schlumpf sofort nach ihrem Amtsantritt mehrfach aufgefordert, mit einem dringlichen Bundesbeschluss die massenhafte Zuwanderung von Dienstverweigerern und Deserteuren aus Eritrea zu stoppen, nachdem die Asylrekurskommission (heute Bundesverwaltungsgericht) diese Tatbestände unverständlicherweise als Asylgrund anerkannt hatte. Frau Widmer-Schlumpf hat das Problem auf die lange Bank geschoben – mit dem Resultat, dass die Zahl der eritreischen Asylanten geradezu explodiert ist.

Der enorme Anstieg aus weiteren afrikanischen Staaten (u.a. Somalia, Nigeria) wurde vom Departement Widmer-Schlumpf mit der sogenannten **Lampedusa-Route** «gerechtfertigt» – obwohl zum Beispiel Österreich, das genauso an dieser «Route» liegt, nur eine minimale Zunahme solcher Gesuche zu verzeichnen hatte.

Es liegt auf der Hand: Sobald die Schlepper realisieren, dass sie in einem Land problemlos «Erfolg» haben, werden die Asylantenströme entsprechend umgelenkt.

Auch die hohen Gesuchszahlen aus **Serbien/Kosovo** (2008: 1301 Gesuche) belegen das Laisser-faire der verantwortlichen Bundesrätin. Obwohl beide Länder zu verfolgungssicheren Staaten erklärt wurden, liegen sie bezüglich Gesuchszahlen 2008 (und auch 2009, Stand: 30. 8.) an jeweils vierter Stelle.

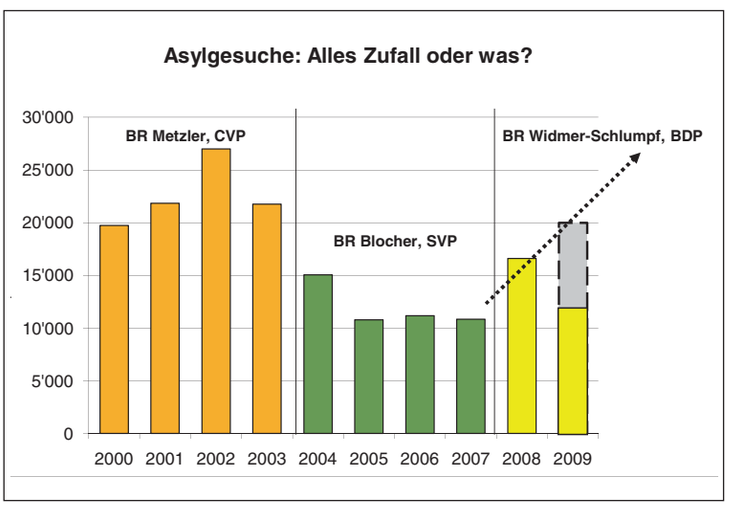
Schweiz in «Spitzengruppe»

Auch der Vergleich mit anderen europäischen Ländern zeigt, dass die Asylgesuche in der Schweiz in der «Ära Widmer-Schlumpf» überproportional zugenommen haben. Vergleicht man die Zahl der Asylgesuche im Jahr 2008 mit der Gesamtbevölkerung, so liegt die Schweiz mit einem Anteil von 0,22 % im oberen Viertel – weit vor Spanien (0,01 %), Deutschland (0,03 %), Italien (0,05 %), Frankreich (0,07 %), oder den Niederlanden (0,08 %), aber auch deutlich vor Österreich (0,15 %). Nur Schweden und Norwegen haben mit 0,26 bzw. 0,30 % einen etwas höheren Anteil als die Schweiz, weil es sich herumgesprochen hat, dass vor allem Iraker in diesen Nordländern problemlos Asyl erhalten. Und die Schlepper reagieren rasch.

Nach dem Vorbild Dänemarks hat nun aber die rot-grüne Regierung Norwegens gehandelt: Die Asylgesuche von sogenannt Papierlosen werden nur noch in Ausnahmefällen behandelt; aussereuropäische Einwanderer sollen frühestens nach vier Jahren Arbeit in Norwegen ihre Angehörigen nachziehen können und straffällige Ausländer werden künftig rascher interniert und ausgeschafft als bisher.

Probleme mit Geld «zudecken»

Derweil versucht man im Departement Widmer-Schlumpf, die Asylmissstände mit Geld zuzudecken. Die Asylkosten auf Stufe Bund betrugen 2007 rund 640 Mio. Franken. Nach der Ausweitung des Sozialhilfestopps per 1.1.2008 hätten die Kosten markant sinken müssen – das Gegenteil war der Fall, weil die Gesuchszahlen drastisch stiegen. Die Voranschläge 2009 und 2010 rechnen gar mit 694 bzw. 734 Mio. Franken, und Frau Widmer-Schlumpf beantragt zum Nachtragskredit von 52 Millionen Franken (April 2009) einen weiteren von 107 Millionen Franken, den der Bundesrat bereits genehmigt hat. Auszulöffeln haben das sich anbahnende Chaos die Steuerzahler, die Kantone und die Gemeinden.



Bruno Perroud, Parteisekretär SVP Unterwallis, Savièse VS

Die SVP im Unterwallis: seit 10 Jahren fest im Sattel

Es war 1999. Eine politische Leere machte sich auf der rechten Seite der Walliser Polit-Arena breit, als eine kleine bürgerliche Partei, mitgerissen durch einen Präsidenten mit Pferdeschwanz und einer originellen Art, Politik zu machen, manch einen aus der Fassung brachte …

Trotz der chaotischen Anfänge, welche durch Konflikte zwischen Personen und den Mangel an Erfahrung verursacht wurden, konnten die Treue und Loyalität der Gründer die Ausdauer der neuen Partei sichern. Sie ist eine feurige Verfechterin des direktdemokratischen Modells Schweiz, eines Föderalismus, der sich aus der Vielfalt nährt, eines neutralen und unabhängigen Staates, der die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger zu garantieren weiss.

Diese starken Prinzipien stützen sich:
- auf die Pflege eines Humanismus, der auf das christliche Naturrecht baut und eine von menschlicher Würde und Moral geleitete Entwicklung garantiert
- auf die Familie als Urzelle eines gesunden und ausgeglichenen Staates

Bruno Perroud
Parteisekretär SVP Unterwallis

Diese Bezugspunkte liefern eine solide Identität und bilden ein politisches Gegengewicht zur Globalisierung und zum fanatischen Individualismus. Sie animieren den Unternehmergeist, kreative Lösungen, Erneuerung, eine freie Entfaltung des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft, welche den Erhalt eines breiten Mittelstandes fördert, der letztlich wirtschaftliche und soziale Stabilität garantiert.

Eine klare Linie

Seit zehn Jahren verfolgen wir diese Werte in allen Formen und Stilen, das heisst in einer offenen und direkten Sprache, welche den Erwartungen der Walliser Bevölkerung entspricht.

Die Ergebnisse lassen sich in einem konstanten Fortschritt anlässlich der Wahlen beobachten. Die Partei hat einen Nationalrat, das sind 16,6 %, 12 Vertreter im Kantonsparlament und 15 Gemeindevertreter.

Bis heute ist die SVP im Wallis die einzige Partei, der es gelungen ist, in derart kurzer Zeit so viele Mandatsträger zu gewinnen. Die Beständigkeit in der Verteidigung unserer Werte und eine klare Linie sind die Bürgschaft für einen dauerhaften Erfolg.

Die SVP Wallis wird damit fortfahren, ihre politischen Ideen und Überzeugungen mit vollem Einsatz, mit Humor und Einfallsreichtum zu verteidigen, auf dass wir neuen Erfolgen entgegengaloppieren können.

Oskar Freysinger, Nationalrat und Präsident SVP

Präsidenten:	
1999–2002	Oskar Freysinger
2002–2008	Raphaël Filliez
seit 2008	Oskar Freysinger
Parteisekretäre:	
1999–2001	Eric Jacquod
2001–2004	Bruno Perroud
2004–2008	Jean-Luc Addor
seit 2008	Bruno Perroud
Mitglieder im Unterwallis:	1300
Sympathisanten im Unterwallis:	300

10 Jahre SVP Obwalden

Am **3. Dezember 1999** wurde die SVP Obwalden durch den Gründungspräsidenten Ruedi Dillier und den damaligen schweizerischen SVP-Parteipräsidenten Ueli Maurer in Sarnen gegründet. Albert Sigrist wurde als **erster Präsident** der neuen Kantonalpartei von den über 450 anwesenden Personen gewählt. Die **erste Ortspartei** konnte schon kurze Zeit später am 28. Januar 2000 in Kerns ins Leben gerufen werden. Weitere Gründungen folgten Schlag auf Schlag, so dass am 8. Juni 2001 bereits sechs der sieben Ortsparteien im Kanton erfolgreich gegründet waren. Nach über sieben langen Jahren konnte dann endlich auch noch die letzte Ortspartei im Kanton, in Sachseln, gegründet werden.

Die **erste Initiative** lancierte die SVP Obwalden kurz nach der Gründung gleich mit der Forderung nach einer Reduktion der Regierungsratsmitglieder von sieben auf fünf. Diese Volksinitiative hatte die SVP Obwalden im Alleingang gegen alle anderen Parteien, gegen die Regierung und gegen die Medien zusammen mit dem Volk gewonnen.

Das **erste Richtermandat** bei den Gesamterneuerungswahlen der Gerichte konnte die SVP Obwalden mit Franziska Kathriner als Oberrichterin im Jahre 2000 feiern. Im Jahre 2001 durfte die SVP Obwalden die **erste schweizerische Delegiertenversammlung** in Obwalden auf dem legendären Landenberg ob Sarnen durchführen. Es war zudem auch die erste Delegiertenversammlung im Freien. Im Jahre 2003 dürfte die SVP Obwalden bereits die zweite Delegiertenversammlung auf der Älggi-Alp – dem Mittelpunkt der Schweiz – durchführen. Die dritte in Obwalden durchgeführte schweizerische Delegiertenversammlung fand dann im Jahre 2008 in Lungern statt, wo Ueli Maurer als verdienter Präsident der SVP Schweiz verabschiedet wurde.

An den **erste Kantonsratswahlen** vom 3. März 2002 konnte die SVP Obwalden gleich im ersten Anlauf mit 7 von 55 Sitzen (12,7 %) in den Obwaldner Kantonsrat einziehen. Es wurden gewählt Adrian Halter, Sarnen – Christoph von Rotz, Sarnen – Susanne Burch, Stalden – Stefan Bucher, Kerns – Willy Fallegger, Alpnach – Albert Sigrist, Giswil – Paul Hurschler, Engelberg. Leider hatte die SVP Obwalden etwas weniger Erfolg bei den zeitgleichen **ersten Regierungsratswahlen** gegen alle fünf bisherigen Regierungsräte, welche nach der Reduktion von sieben nochmals zur Wahl standen.

Bei den **ersten Nationalratswahlen,** an welchen die SVP Obwalden am 19. Oktober 2003 teilnahm, hat der Kandidat der SVP Obwalden, Kantonsrat Adrian Halter, Sarnen, gegen den amtierenden CVP-Nationalrat Adrian Imfeld mit 33,6 % einen grossen Achtungserfolg erzielt. An den eidgenössischen Wahlen vom 21. Oktober 2007 schaffte die SVP Obwalden mit Kantonsrat und Fraktionspräsident Christoph von Rotz den Sprung nach Bern und eroberte den einzigen Nationalratssitz, welcher seit 1848 immer von der CVP besetzt war. Auf den Tag genau acht Jahre nach der Gründung der SVP Obwalden wurde Christoph von Rotz in Bern am 3. Dezember 2007 als **erster Obwaldner SVP-Nationalrat** vereidigt.

Nun feiern wir am 4. Dezember 2009 unser **zehnjähriges Jubiläum** in Engelberg. Zu diesem Fest mit Bundesrat Ueli Maurer möchten wir Sie alle herzlich einladen.

Anmeldung zur Jubiläumsfeier «10 Jahre SVP Obwalden»

Datum:	**Freitag, 4. Dezember 2009**
Zeit:	18.30 Uhr Apéro 19.30 Uhr Begrüssung
Ort:	Hotel Europäischer Hof, 6390 Engelberg Übernachtungsmöglichkeiten zum Spezialpreis

❍ Ja, ich nehme am Jubiläumsfest mit Nachtessen (Fr. 25.–) in Engelberg teil.

❍ Ja, ich nehme am Jubiläumsfest in Engelberg mit Begleitung teil.

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: SVP Obwalden, Postfach 1512, 6060 Sarnen

eco_cee'd Kombi

Mehr Auto fürs Geld + 7 Jahre Werkgarantie

CHF 22'222.–

HvS Forch

7 JAHRE cee'd GARANTIE*

ENERGIE-EFFIZIENZ A KATEGORIE

ECO_CEE'D KOMBI

MEHR AUTO FÜRS GELD

Der cee'd wurde in Europa für Europa konzipiert! Der eco_cee'd ISG verfügt über eine Stop-Start-Automatik von Bosch. Das ISG bringt wesentliche Kostenersparnis und Vorteile für die Umwelt: So sinken Gesamtverbrauch und Schadstoffausstoss des eco_cee'd nach EU-Norm im Stadtverkehr erheblich! Der eco_cee'd verfügt wie alle anderen cee'd_sw Kombi über eine serienmässige Komplettausstattung, wie z.B. Klima, modernstes HiFi-System und ein Laderaumvolumen von 1664 l!

KIA MOTORS
The Power to Surprise™

www.kia.ch

KIA Motors AG, 5745 Safenwil, Tel. 062 788 88 99

PICANTO	RIO	CEE'D	ECO_CEE'D_SW	PRO_CEE'D	CARENS	CARNIVAL	SPORTAGE	SORENTO	K2900
ab CHF 14'950.–	ab CHF 16'950.–	ab CHF 20'980.–	CHF 22'222.–	ab CHF 25'450.–	ab CHF 29'450.–	ab CHF 37'950.–	ab CHF 34'490.–	ab CHF 39'950.–	ab CHF 29'650.–

*7 Jahre Werkgarantie - 5 Jahre Werkgarantie (limitiert bis max. 150'000 Kilometer, davon die ersten 3 Jahre ohne Kilometerbegrenzung) plus 2 Jahre Garantie auf den Antriebsstrang (Motor und Getriebe, limitiert bis max. 150'000 Kilometer). Verbrauch gesamt l/100 km (Energieeffizienzkategorie, CO_2 g/km manuell) - Durchschnitt aller Neuwagen 204 g/km 1.4 L ISG 5,9 (A, 140).